

Resstadt:
Dresden,
in der Expedi-
tion, N. Meißn.
Casse Nr. 8,
zu haben.

Sächsische Vorzeitung.

Dressd
vierteljährlich
12 1/2 Rgr. Zu
beziehen durch
alle tgl. Post-
Anstalten.

Ein unterhaltendes Wochenblatt für den Bürger und Landmann.

Redacteur und Verleger: Friedrich Walther.

Politische Weltschau.

Deutschland. In der bairischen Abgeordnetenka-
mer ist ein Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs gestellt
worden, durch welchen allen wegen politischer Verbrechen und
Vergehen aus dem Jahre 1849 verurtheilten und flüchtig ge-
wordenen bairischen Staatsangehörigen Amnestie ertheilt wird.
— In Württemberg hat die Regierung auf Grund des mit
Rom abgeschlossenen Concordats einen Gesetzentwurf zur Re-
gulirung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken vorgelegt.
Die zweite Kammer hat aber, trotz des Widerspruchs der Mi-
nister, beschlossen, auf die Berathung nicht einzugehen, sondern
erst das Concordat selbst und dessen Verfassungsmäßigkeit genau
zu prüfen. In derselben Kammer wurde auch die deutsche Frage
berührt, wobei sich mehrere Redner gegen die Unterordnung der
übrigen Regierungen unter Preußen erklärten und ein Zusam-
menhalten mit Oesterreich im Interesse des ohnehin wenig ge-
sicherten deutschen Südens befürworteten. — Im Herzogthum
Anhalt- Dessau, wo bekanntlich die Verfassung von 1850
beseitigt wurde, hat kürzlich eine Anzahl liberaler Männer
beim Landtage um die Wiederherstellung verfassungsmäßiger
Zustände gebeten. Die Stände wiesen die Petition zurück und
wurden andern Tags zur herzoglichen Tafel gezogen. Jetzt
hat eine Anzahl conservativer Männer sich mit derselben
Bitte an den Herzog persönlich gewendet, aber ohne Erfolg.
Die Seele der dortigen Reaction ist der Geheimrath v. Schäßel,
welcher erst in diesen Tagen durch einen hohen preussischen
Ordnungsausgezeichnet worden ist. — Aus Hannover wird be-
richtet, daß daselbst der Ankauf und die Ausfuhr von Pferden
für französische Rechnung wieder im Gange ist.

Preußen. Im Abgeordnetenhaus gab in der Sitzung
vom 2. März eine Petition, die Uebertragung der deutschen
Centralgewalt an Preußen betreffend, zu einer umfangreichen
Debatte Veranlassung, in welcher die zwischen dem Ministerium
und seinen bisherigen Anhängern in der deutschen Frage ob-
waltende Meinungsverschiedenheit abermals recht deutlich her-
vortrat. Während die liberalen Wortführer des Hauses von
einer engeren Verbindung mit Oesterreich nichts wissen wollen
und vielmehr die Herstellung eines deutschen Bundesstaats un-
ter Preußens Führung befürworten, nimmt die Regierung einen
entgegengesetzten Standpunkt ein; sie hält eine Verbesserung
des gemeinsamen Organs Deutschlands wohl für wünschenswerth,
will aber bei einer solchen Reform die Rechte der übrigen
Regierungen geachtet wissen und ist der Ueberzeugung, daß die
Einigkeit der deutschen Regierungen in einem treuen Zusam-
menwirken Preußens und Oesterreichs die feste Stütze finden
werde. In diesem Sinne sprach sich der Minister Graf von
Schwerin aus, indem er zugleich hinzufügte, daß in so gefahr-
drohenden Zeiten, wie die gegenwärtigen, die Einigkeit der
deutschen Regierungen höher zu stellen sei, als eine erzwungene
Einheit. Die Petition wurde schließlich als durch die Adresse
erledigt erklärt und ein weiterer Beschluß darauf nicht gefaßt.
— Das Abgeordnetenhaus hat am 5. März die Berathung
der Grundsteuervorlagen begonnen.

In Greifswald ist am 24. Febr. ein atter Militär-Excess
vorgekommen. Eine Anzahl Soldaten wollte in das Local
einer geschlossenen Gesellschaft eindringen und als ihnen dies

verwehrt wurde, holten sie mehrere ihrer Kameraden herbei
und verübten allerhand Gewaltthatigkeiten. Eine Anzahl Stu-
denten, von dem Wirth zur Hilfe herbeigerufen, nahm gegen
die Soldaten Partei und so kam es zum förmlichen Handge-
menge, bis endlich ein Offizier Alarm blasen und eine Jäger-
compagnie im Sturmschritt ausrücken ließ. An dem betreffen-
den Locale angekommen, läßt der Offizier, ohne vorher eine
Aufforderung zum Auseinandergehen an das Publicum zu rich-
ten, schwärmen, und so kam es, daß viele prominente Bürger,
Frauen und Kinder mit Kolbenstößen tractirt wurden. Viele
Verwundungen sind zu beklagen, wovon möglicherweise einige
den Tod herbeiführen werden.

Oesterreich. Nachdem das Erscheinen der neuen Ver-
fassungsgesetze bereits in letzter Nummer kurz gemeldet wurde,
lassen wir heute einen gedrängten Abriss derselben folgen, auf
den wir unsere Leser zu verweisen uns erlauben (S. 77). —
Die Statthaltereien und Bezirksämter sind Tag und Nacht
mit Anfertigung der Wahllisten beschäftigt, um die Berufung
der Landtage zum bestimmten Termine zu ermöglichen, da erst
von diesen die Mitglieder des Reichsraths ernannt werden
können. Der erste und hauptsächlichste Berathungsgegenstand
des Reichsraths wird die Finanzfrage sein, deren Lösung nicht
länger verschoben werden kann. — Am meisten Besorgniß
erregt die Haltung der Magyaren; man glaubt, daß dieselben
sich entschieden weigern werden, den Reichsrath zu beschicken.
Der ungarische Hofkanzler Boy soll trotz seiner conservativen
Gesinnung die Unterzeichnung der Verfassungsgesetze bis jetzt
entschieden abgelehnt haben.

Italien. Der Senat hat den Gesetzentwurf, wodurch
Victor Emanuel zum König von Italien ernannt wird, mit
129 gegen 2 Stimmen angenommen; in der Deputirtenkammer
ist ein gleiches Resultat zu erwarten. Das neue Königreich
wird auf Grund der letzten Zählungen 21,092,020 Einwohner
haben, so daß demnach durch das „Annectiren“ die Zahl der
unter piemontesischem Scepter stehenden Bevölkerung sich nahezu
verkfünffacht hat. Nach den Provinzen geordnet, stellt sich die
Einwohnerzahl wie folgt: Piemont 3,815,637, Sardinien
573,115, Lombardien 2,771,647, Modena 609,139, Parma
508,784, Toscana 1,779,338, römische Provinzen 1,960,360,
Neapel 6,843,355, Sicilien 2,231,020.

In Turin scheint man zu fürchten, daß Oesterreich, statt
ruhig in seiner bewaffneten Stellung zu verbleiben, bis es
Piemont gelegen ist, den in Aussicht gestellten Kampf um Be-
netien aufzunehmen, sich entschließen werde, den ersten Anlaß
zu benutzen, um zum Angriff zu verschreiten. Ein geeigneter
Vorwand hierzu würde sich allerdings leicht darbieten. Die
Rüstungen werden daher von der sardinischen Regierung mit allem
Eifer fortgesetzt und in den Arsenalen wird Tag und Nacht
gearbeitet. — Einige Blätter melden, daß die römische Provinz,
welche dem Papste noch verblieben, in nächster Zeit, mit Aus-
nahme der Stadt Rom, von den Piemontesen besetzt werden
soll; allem Anscheine nach sind aber hierüber die Verhandlungen
mit Frankreich noch nicht zum Abschluß gekommen, obgleich es
ziemlich sicher ist, daß der Papst auf diesen unerbetenen Be-
such gefaßt sein muß. — In Genua wurde ein deutscher
Flüchtling, Namens Wiesner, welcher als Herausgeber einer
lithographirten Correspondenz das Vertrauen der italienischen